

<b>Ergebnisprotokoll der 18. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 27.04.2017</b>
---

Beginn: 15:10 Uhr

Ende: 16:25 Uhr

**Anwesende: I Deputation**

**1. vom Senat**

Frau Staatsrätin Friderich  
Herr Staatsrat Meyer

**2. von der Bürgerschaft**

**SPD-Fraktion**

Herr Crueger  
Herr Senkal  
Frau Sprehe  
Herr Pohlmann

**CDU-Fraktion**

Frau Neumeyer  
Herr Schwarz  
in Vertretung für Herrn Scharf  
Herr Strohmann

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe  
Herr Bücking

**Die Linke**

Frau Bernhard

**FDP-Fraktion**

Herr Buchholz

**II Verwaltung**

Herr Viering  
Frau Kamp  
Herr Dr. Kountchev  
Herr Dr. Lampe  
Frau Elfers  
Herr Eickhoff  
Herr Hamburger  
Frau Kulmann  
Frau Zimmermann  
Frau Pieper  
Herr Donaubauer  
Herr Möhring

Der Senator für Umwelt, Bau und  
Verkehr

Amt für Straßen und Verkehr  
Bauamt Bremen Nord  
Umweltbetrieb Bremen

**III Gäste**

**IV Gastdeputierte**

Herr Hamann  
Frau Schiemann  
Herr Saffe  
Frau Dr. Schaefer  
Herr Imhoff  
Herr Janßen

SPD-Fraktion  
SPD-Fraktion  
Fraktion B'90/ Die Grünen  
Fraktion B'90/Die Grünen  
CDU-Fraktion  
Fraktion DIE LINKE

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 18. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

<b>TOP 1</b>	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
--------------	-------------------------------------	--

Als **Tischvorlage** liegen vor:

**TOP 4 „Bebauungsplan 2495** für ein Gebiet in Bremen-Mitte, Ortsteil Bahnhofsvorstadt zwischen Herdentorsteinweg, Rembertiring und Auf der Brake (Bearbeitungsstand: 27.02.2017)“

**Neufassung zu TOP 13** „Verwaltungsstandort für die zukünftige AöR für die öffentliche Abfallentsorgung und Straßenreinigung“

**Ausgesetzt wird TOP 10** „Standards im Straßen- und Wegebau gehören auf den Prüfstand“.

**Herr Pohlmann gibt bekannt, dass die Sitzung der Deputation im Mai ersatzlos ausfällt.**

**Frau Neumeyer** bittet um eine Erklärung, weshalb der TOP „Sachstand Umsetzung Wohnungsbau“ von der TO genommen wurde.

**Frau Friderich** erklärt, dass der Beschluss noch aktualisiert werden solle. Daher werde der Bericht erst in der nächsten Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt.

**Herr Pohlmann** ergänzt, dass die im Bündnis für Wohnen vorgelegten Berichte und die erfolgte Diskussion dazu nun zuerst in den Fraktionen besprochen werden sollten.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.*

*Einstimmig*

<b>TOP 2</b>	<b>Genehmigung von Protokollen</b> hier: Protokoll 19/16 der Sitzung am 23.02.2017	
--------------	---	--

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.*

*Einstimmig*

<b>TOP 3</b>	<b>Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft</b>  -02-	L/S
--------------	---	-----

**Siehe auch Protokoll der 18. Sitzung der staatlichen Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 27.04.2017.**

Der Berichtswunsch von **Frau Bernhard** (Nr. 9) „Verhandlungen mit der Vonovia zur Reihersiedlung“ bezieht sich auch auf die Schlichtsiedlungen am Sacksdamm und in der Holsteiner Straße!

**Herr Imhoff** bittet darum zu Ziffer 12 „Baugebiet in Brokhuchting endlich zulassen!“ verlässlich am 17.08.2017 zu berichten oder wenigstens einen Zwischenbericht vorzulegen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

Einstimmig

<b>TOP 4</b>	<b>Bebauungsplan 2495 für ein Gebiet in Bremen-Mitte, Ortsteil Bahnhofsvorstadt zwischen Herdentorsteinweg, Rembertiring und Auf der Brake (Bearbeitungsstand: 27.02.2017)</b> - Aufhebung Planaufstellung/ Einstellung BP 2342 - Absehen Einwohnerversammlung - Öffentliche Auslegung -FB01-	Vorlage 19/255
--------------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Planaufstellungsbeschluss vom 16. Juni 2005 zum Bebauungsplan 2342 für ein Gebiet in Bremen-Mitte zwischen Schillerstraße, Contrescarpe, Herdentorsteinweg und Rembertiring aufgehoben wird und das entsprechende Bebauungsplanverfahren einzustellen ist.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes 2495 für ein Gebiet in Bremen-Mitte, Ortsteil Bahnhofsvorstadt zwischen Herdentorsteinweg, Rembertiring und Auf der Brake (Bearbeitungsstand: 19.04.2017) einschließlich Begründung zu.
3. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplanes 2495 für ein Gebiet in Bremen-Mitte, Ortsteil Bahnhofsvorstadt zwischen Herdentorsteinweg, Rembertiring und Auf der Brake (Bearbeitungsstand: 19.04.2017) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 i. V. mit § 4a Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

<b>TOP 5</b>	<b>Bebauungsplan 2505 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz zwischen Graubündener Straße, dem Grünzug Osterholzer Sielgraben und dem Gelände der Schule am Ellenerbrokweg</b> - Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung - Bericht der Deputation -FB01-	Vorlage 19/253
--------------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes 2505 für ein Gebiet in

*Bremen-Osterholz zwischen Graubündener Straße, dem Grünzug Osterholzer Sielgraben und dem Gelände der Schule am Ellenerbrokweg (Bearbeitungsstand: 15.03.2017) einschließlich Begründung abgesehen wird.*

- Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplanes 2505 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz zwischen Graubündener Straße, dem Grünzug Osterholzer Sielgraben und dem Gelände der Schule am Ellenerbrokweg (Bearbeitungsstand 15.03.2017).*

*Einstimmig*

<b>TOP 6</b>	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 100 (zugleich Vorhaben und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Wohngebäudes in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt an der Konsul-Smidt-Straße</b> - Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung -Bericht der Deputation -FB01-	Vorlage 19/254
--------------	--	-------------------

Beschluss:

- Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 100 (zugleich Vorhaben und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Wohngebäudes in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt an der Konsul-Smidt-Straße (Bearbeitungsstand: 22.03.2017) abgesehen wird.*
- Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft empfiehlt die Behandlung der Petition (Az.: S 19/213 vom 2.03.2017 mit Ergänzung vom 9.03.2017) entsprechend der in der Anlage zum Bericht beigefügten Stellungnahme der Deputation. Sie bittet die Bauverwaltung, dem Petitionsausschuss das Beratungsergebnis gemäß § 3 Abs. 3 Nr. 1 S. 3 des Gesetzes über die Behandlung von Petitionen zuzuleiten.*
- Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt in Kenntnis der eingegangenen Petition und Stellungnahmen sowie ihrer empfohlenen Behandlung den Bericht zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 100 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Wohngebäudes in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt an der Konsul-Smidt-Straße (Bearbeitungsstand: 22.03.2017).*

*Einstimmig*

<b>TOP 7</b>	<b>Bebauungsplan 2460 für ein Gebiet in Bremen-Walle, zwischen Steffensweg, Dedesdorfer Straße, Vegesacker Straße und Helgolander Straße</b> - Öffentliche Auslegung -FB 01-	Vorlage 19/250
--------------	--	-------------------

**Frau Bernhard** erklärt, dass ihre Fraktion mit dem Ergebnis nicht zufrieden sei und sie deswegen nicht zustimmen werde.

**Herr Pohlmann** begrüßt, dass es in einem lang andauernden, intensiven Prozess mit vielen Beteiligten gelungen sei, dieses gute Ergebnis zu erzielen, das auch der Beirat einstimmig unterstütze.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans 2460 für ein Gebiet in Bremen-Walle zwischen Steffensweg, Dedesdorfer Straße, Vegesacker Straße und Helgolander Straße (Bearbeitungsstand 22.03.2017) einschließlich Begründung zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Bebauungsplan 2460 für ein Gebiet in Bremen-Walle zwischen Steffensweg, Dedesdorfer Straße, Vegesacker Straße und Helgolander Straße (Bearbeitungsstand: 22.03.2017) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Zustimmung  
gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE

<b>TOP 8</b>	<b>Bebauungsplan 1243 für ein Gebiet in Bremen - Vegesack zwischen Fritz-Tecklenborg-Straße, Friedrich-Humbert-Straße, Lesumstraße, Grohner Reeperbahn, Auf dem Hülsen und Tauwerkstraße</b> -Bericht der Deputation -BBN-	Vorlage 19/252
--------------	--	-------------------

**Frau Dr. Schaefer** findet es sehr positiv, dass hier die erste Klimaschutzsiedlung in Bremen entstehen solle. Dies sollte Beispiel machen für die nächsten Bauprojekte.

**Herr Buchholz** meint, dass die Einbindung des Beirats und der Öffentlichkeit beispielhaft war.

**Frau Bernhard** erklärt, dass sie sich enthalten werde, weil es um den prämierten Entwurf, der mehr „Grün“ enthalten habe, als jetzt geplant werde, schade sei.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans 1243 für ein Gebiet in Bremen - Vegesack zwischen Fritz-Tecklenborg-Straße, Friedrich-Humbert-Straße, Lesumstraße, Grohner Reeperbahn, Auf dem Hülsen und Tauwerkstraße (Bearbeitungsstand: 31.03.2017) abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt den Bericht zum Bebauungsplan 1243 für ein Gebiet in Bremen - Vegesack zwischen Fritz-Tecklenborg-Straße, Friedrich-Humbert-Straße, Lesumstraße, Grohner Reeperbahn, Auf dem Hülsen und Tauwerkstraße (Bearbeitungsstand: 31.03.2017).

Zustimmung  
bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE

<b>TOP 9</b>	<b>Bebauungsplan 1274 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen -südlich Altenheim Blumenkamp, - Raschenkampsweg, -Auf dem Hohen Ufer, -Billungstraße</b> - Neufassung des Planaufstellungsbeschlusses - öffentliche Auslegung - -BBN-	Vorlage 19/246
--------------	---	-------------------

**Herr Bücking** plädiert dafür, den TOP zu beraten und auch darüber zu beschließen. Die anhängige Petition werde gewürdigt. Es laufe ein ordentliches Planaufstellungsverfahren und in diesem seien die Abgeordneten Herren des Verfahrens. In diesem Verfahren werde die Petition als Einwand aus den betroffenen Bevölkerungskreisen behandelt und wie alle anderen Einwände auch, abgewogen. Anschließend werde sich der Petitionsausschuss mit der Petition befassen. Nach Abschluss des Verfahrens stehe dem Petenten im Zweifel auch der Weg vor das Gericht offen.

**Herr Buchholz** schließt sich diesen Überlegungen weitestgehend an. Er habe im Vorfeld überlegt, ob die Begehrlichkeiten der Bürgerinitiative und der Petitionsantragsteller so zu berücksichtigen seien, dass dieser TOP möglicherweise abzusetzen sei oder ob diejenigen, die sich, wie er selbst, als Mitglieder sowohl des Petitionsausschusses wie auch der Baudeputation in einer Doppelrolle befänden, in irgendeiner Weise befangen wären. Nach ausführlichen Überlegungen und Beratungen mit Kolleg\*innen habe er dies verneint. Die heutige Beschlusslage würdige den Petitionsantrag und schaffe keine unwiederbringlichen Fakten und zum anderen werde auch das schon lange betriebene Planaufstellungsverfahren nicht unnötig unterbrochen.

**Frau Bernhard** erklärt, dass sie dieser Vorlage nicht zustimmen werde. Die Bebauung mit geringerer Dichte wurde explizit herausgenommen. Es wurde keine Kompromisslösung in irgendeiner Form gefunden. Das sei bedauerlich. Zum Betriebshof hätte es eine andere Lösung geben können. Ob es tatsächlich nochmal Möglichkeiten gebe, die Planung zu verändern, könne sie nicht einschätzen.

**Frau Dr. Schaefer** weist hinsichtlich des Betriebshofs auf die ausführliche Beratung im Eigenbetriebsausschuss des UBB hin. Bei der Innenentwicklung sei es sinnvoll, möglichst viele Wohneinheiten bei weniger Flächenverbrauch zu schaffen. Sie fragt, ob sich tatsächlich das Bauvolumen geändert habe oder nur die Anzahl der Wohneinheiten.

**Herr Bücking** antwortet, dass der Vorlage zu entnehmen sei, dass sich die Kennzahlen für das zulässige Bauvolumen nicht verändert hätten. Was sich verändert habe, sei die Zahl der Wohnungen. Dies sei darauf zurückzuführen sei, dass die Wohnungen, entsprechend der Nachfrage, nun kleiner geplant würden.

**Herr Donaubauer** berichtet, dass im letzten Vorentwurf ca. 38 WE vorgesehen waren, ein Mix aus Reihen- und Geschosswohnungsbau, letzterer mit einem Anteil an geförderten Wohnungen. Dem vorliegenden Planentwurf gehe eine Immobilienausschreibung voraus. Dort wurden die Baumassenziffern festgesetzt, insofern bestehe gegenüber den Bietern auch eine Verpflichtung. Es habe sich ein gewisser Größenmix an Wohnungen ergeben. Es gebe Bedenken von Anliegenden hinsichtlich der verkehrlichen Erschließung. Entsprechend des Entwurfs werde das Gebiet zu jeweils 50% durch zwei öffentliche Sackgassen erschlossen. Bauliche Veränderungen an der Billungstraße seien seitens des ASV nicht vorgesehen.

Beschluss:

1. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst unter Änderung ihres Planaufstellungsbeschlusses vom 22.05.2008 den Beschluss, dass der Geltungsbereich des Bebauungsplanes 1274 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum im Bereich südlich Altenheim Blumenkamp, Raschenkampsweg, Auf dem Hohen Ufer und Billungstraße auf das im Bebauungsplan (Bearbeitungsstand: 23.03.2017) dargestellte Gebiet*

angepasst werden soll (Neufassung des Planaufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan 1274). Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.

2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes 1274 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum im Bereich südlich Altenheim Blumenkamp, Raschenkampsweg, Auf dem Hohen Ufer und Billungstraße (Bearbeitungsstand: 23.03.2017) einschließlich Begründung zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplanes 1274 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum im Bereich südlich Altenheim Blumenkamp, Raschenkampsweg, Auf dem Hohen Ufer und Billungstraße (Bearbeitungsstand: 23.03.2017) mit Begründung öffentlich auszulegen ist.
4. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft empfiehlt die Behandlung der Petition S 19/165 vom 29.10.2016 entsprechend der in der Anlage 5 dieser Vorlage beigefügten Stellungnahme der Deputation und beauftragt die Verwaltung, dem Petitionsausschuss das Behandlungsergebnis gemäß § 3 Abs. 3 Nr. 1 S. 3 des Gesetzes über die Behandlung von Petitionen zuzuleiten.

Zustimmung  
gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE

TOP 10	Standards im Straßen- und Wegebau gehören auf den Prüfstand“ -5-	Vorlage 19/225
--------	---	-------------------

Vertagt

TOP 11	Erhaltung von Ingenieurbauwerken 2017 -ASV-	Vorlage 19/247
--------	--	-------------------

**Frau Pieper** fasst die wesentlichen Aussagen der Vorlage zusammen.

**Herr Saxe** stellt fest, dass es in Bremen, wie in allen anderen Kommunen auch, Probleme mit den Brücken gebe, denen man sich verstärkt widmen müsse. Ein Teil der Probleme gehe auch auf die Zunahme bei den Schwerlasttransporten zurück. Der Bedarf, Personal aufzustocken, sei anerkannt.

**Herr Imhoff** ergänzt, dass auch ausreichende finanzielle Mittel benötigt werden, um die Infrastruktur in Bremen aufrecht erhalten zu können.

Er fragt, ob die Stedinger Brücke, die den gesamten Zulieferverkehr aus dem nordwestlichen Raum für das GVZ aufnehme, in den nächsten Jahren ertüchtigt werde.

**Frau Sprehe** betont, dass die Brücken für den Wirtschaftsstandort lebensnotwendig seien. Die Auswirkungen, wenn eine der Weserbrücken gesperrt werden sollte, seien kaum vorstellbar. Dieser Bereich müsse im nächsten Haushalt auch entsprechend berücksichtigt werden.

**Frau Pieper** wird eine Antwort zur Frage nach der Stedinger Brücke bilateral nachreichen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Finanzierung der Maßnahme zu.

Einstimmig

TOP 12	<b>2. Nachtrag zum Vertrag über einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag im straßengebundenen ÖPNV auf dem Gebiet der Stadtgemeinde Bremen (ÖDLA)</b> - 50 -	Vorlage 19/251
--------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Senatsvorlage und den 2. Nachtrag zum Vertrag über einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag im straßengebundenen ÖPNV auf dem Gebiet der Stadtgemeinde Bremen zur Kenntnis.

Kenntnisnahme

2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt dem 2. Nachtrag zum Vertrag über einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag im straßengebundenen ÖPNV auf dem Gebiet der Stadtgemeinde Bremen zu.

Zustimmung

gegen die Stimme der Fraktion der FDP und  
Enthaltung der Fraktion DIE LINKE

3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt der dargestellten Endschaftsregelung zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr über die Senatorin für Finanzen die erforderliche Zustimmung des städtischen Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.

Zustimmung

gegen die Stimme der Fraktion der FDP

TOP 13	<b>Verwaltungsstandort für die zukünftige AöR für die öffentliche Abfallentsorgung und Straßenreinigung</b> - 25 -	Vorlage 19/248
--------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Vorlage zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt der Anmietung des unter B) empfohlenen Verwaltungsstandortes für die zukünftige AöR für die öffentliche Abfallentsorgung und Straßenreinigung zu.

Zustimmung

gegen die Stimme der Fraktion der FDP und  
Enthaltung der Fraktion der CDU



TOP 14	Berichte der Verwaltung	
TOP 14a)	Änderungen im Busnetz Obervieland -50-	BdV schriftlich

**Herr Pohlmann** beantragt, den Beschlussvorschlag um folgenden Satz zu ergänzen:

*„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr mit dem Beirat Obervieland Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel einer möglichst einvernehmlichen Lösung von Einzelfragen der Verkehrsführung und der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) über das Ergebnis zu berichten.“*

**Herr Strohmann** greift diese Anregung auf. Der Bericht gehe nicht auf die Einwände des Beirats ein.

Er bittet zu benennen, wo im Verkehrsentwicklungsplan (VEP) stehe, dass die Buslinie 51 eingespart werde.

**Herr Hamburger** erklärt, dass im VEP das Zielnetz für die Busse dargestellt werde. Darin sei die Linie 51 nicht mehr enthalten. Dies wurde in den Bürgerforen auch so kommuniziert.

**Herr Strohmann** erinnert daran, dass das Handlungskonzept als Orientierungsrahmen dienen sollte. Es dürfe kein Dogma für die nächsten zwanzig Jahre sein. Wenn es erforderlich werde, dann müsse auf aktuelle Entwicklungen reagiert werden können. Und wenn eine Buslinie wegfalle, auch wenn dies im Zielnetz so vorgesehen sei, müsse dies vor Ort im Beirat diskutiert werden.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr mit dem Beirat Obervieland Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel einer möglichst einvernehmlichen Lösung von Einzelfragen der Verkehrsführung und der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) über das Ergebnis zu berichten.*

*Einstimmig*

TOP 14b)	Radwegenetz instand halten und ein Fahrradmodellquartier für Bremen einrichten - 5 -	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

**Herr Saxe** begrüßt, dass es gelungen sei, dieses Projekt nach Bremen zu holen. Dieses werde sowohl der Entwicklung des Radverkehrs in Bremen gut tun, als auch der Stadtentwicklung in der Neustadt. Es werde mit 90% vom Bund gefördert, was ebenfalls sehr positiv sei. Für die Finanzierung der geplanten Fahrradbrücke sei ebenfalls sinnvoll, zu versuchen, die Mittel z. B über die Teilnahme am Wettbewerb „Klimaschutz im Radverkehr“ zu generieren.

**Frau Sprehe** befürwortet das Projekt ebenfalls und weist auf die ausgesprochen positive Zusammenarbeit von Bevölkerung, Hochschule und Beirat hin, die alle hinter diesem Projekt stehen. Auf Ihre Frage, ob die Planungskosten in der Förderung enthalten seien, antwortet **Frau Staatsrätin Friderich**, dass zu den Details der Finanzierung gerade eine ausführliche Vorlage für die nächste Deputationssitzung vorbereitet werde.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>TOP 14c)</b>	<b>Sanierung des Radwegs zwischen der Georg-Gleistein-Straße und der Aumunder Feldstraße</b> - ASV -	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

**Herr Buchholz** zeigt sich erstaunt darüber, dass der Radweg auf Sand gebaut wurde. Er möchte wissen, ob in dem Zeitraum, der sehr lange zurückliegen müsse, häufiger so gebaut wurde. Auch als langjähriges Beiratsmitglied könne er sich nicht an einen Radwegebau mit einer Sandunterfütterung erinnern.

**Frau Pieper** berichtet, dass nicht mehr bekannt sei, wann der Radweg gebaut wurde, dieser sei schon sehr alt. Es komme aber tatsächlich öfter in Bremen vor, dass solche alten Nebenanlagen keinen entsprechenden Unterbau hätten.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>TOP 14d)</b>	<b>Sicherheit des Radverkehrs in der Parkallee</b> - 5-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>TOP 14e)</b>	<b>Abstimmung zwischen den Ressorts Bildung und Bau insbesondere bei neuen Bauvorhaben</b> - 6-1 -	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Auf die Frage von **Frau Bernhard** antwortet **Herr Viering**, dass eine Kita im Mühlenviertel zwar zulässig wäre. Eine Umsetzung liege aber in diesem Fall in der Entscheidung des Investors. Dieser sei trotz intensiver Gespräche nicht dazu bereit.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

<b>TOP 14f)</b>	<b>Bürgerantrag Billigfleisch: Zwischenbericht</b> - 35-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

**Herr Saffe** bittet darum, das Gutachten und die Handlungsempfehlungen in einer der nächsten Deputationssitzungen vorzustellen. Ihn interessiere insbesondere, ob an der Änderung der Beschaffungsrichtlinie gearbeitet werde und ob bei öffentlichen Veranstaltungen und Empfängen eine Umstellung erfolgt sei.

**Herr Imhoff** bittet um Erläuterung, was im Sinne der Analyse unter Qualität zu verstehen sei. Außerdem regt er an, die Fachdeputierten einzubinden, wenn das Gutachten dem agrarpolitischen Bündnis vorgestellt werde.

**Frau Elfers** sagt zu, die Fachdeputierten zu dem Termin mit einzuladen.

**Herr Staatsrat Meyer** bietet an, das Gutachten in einer der nächsten Sitzungen vorzulegen. Eine Vorstellung durch den Gutachter sei in der Juni-Sitzung voraussichtlich nicht möglich.

Die Frage zur Beschaffung müsse an das zuständige Ressort weitergereicht werden. In dem Gutachten gehe es z. B. darum, welchen Anteil Convenience Food an dem Angebot habe und ob Standards, wie z. B. die DGE Standards verpflichtend seien oder eingehalten werden.

**Herr Saffe** verweist auf den Berichtsauftrag der Bürgerschaft zum Antrag „DGE-Standards in Schulen in Bremen und Bremerhaven etablieren“, der in nächster Zeit durch das Bildungsressort vorgelegt werden müsste.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 14g)</b>	<b>Bericht zum Gesamtkonzept Neuordnung Huckelrieder Friedhof</b> - 30, 1-2, 64 -	BdV schriftlich
---------------------	--	--------------------

**Frau Dr. Schaefer** stellt fest, dass die Planungen noch nicht abgeschlossen seien. Sie erwartet, dass das fertige Gesamtkonzept dann der Deputation vorgestellt werde. Die Verlagerung des Betriebshofs sei sinnvoll. Hinsichtlich der vor Ort bisher ansässigen Gewerbetreibenden wie Floristen und Steinmetze müsse eine Lösung zur beiderseitigen Zufriedenheit gefunden werden. Solche Angebote müsse es friedhofsnahe oder auf einem Friedhof geben; gleichwohl müsse es sich für die Gewerbetreibenden wirtschaftlich darstellen lassen.

**Herr Imhoff** erklärt, dass die CDU darauf Wert lege, dass eine Einigung mit den Gewerbetreibenden auf dem Friedhof Huckeriede gefunden werde, die für diese wirtschaftlich tragfähig sei.

**Herr Buchholz** vermisst in der Planungsgruppe das Bestattungsgewerbe.

**Herr Crueger** schließt sich den Aussagen hinsichtlich der Wichtigkeit der Gewerbetreibenden vor Ort an.

**Herr Staatsrat Meyer** führt aus, dass ein Friedhof durch Gewerbe im Eingangsbereich auch belebt werde. Viele ältere Menschen würden sich auf dem Friedhof einsam fühlen und hätten dort Angst um ihre Sicherheit. Insofern sei ein Eingangsbereich mit Geschäften und Kundenverkehr hilfreich. Gleichwohl müsse geprüft werden, ob dies im Rahmen bestehender Mietverträge möglich sei. Wenn neue Mietverträge oder neue Angebote geschaffen werden, sei auch das Vergaberecht zu beachten. Das vor Ort ansässige Gewerbe sei in allen Workshops mit beteiligt gewesen.

**Herr Möhring** ergänzt, dass von Seiten des Bestattungsgewerbes zu den Aktivitäten rund um den Eingangsbereich keine Betroffenheiten angemeldet worden seien. Sie seien aber informiert worden und würden hinsichtlich des Krematoriums beteiligt werden. Es gebe verschiedene Arbeitsgruppen und der UBB versuche, diese so weit wie möglich zu öffnen, um alle Meinungen, alle Aspekte und alle Interessenlagen abwägen zu können.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP</b>	<b>Verschiedenes</b>	
------------	----------------------	--

**Herr Imhoff** regt an, die Deputation in der Botanik oder auf dem Hof Bavendamm im Blockland tagen zu lassen. Weiter fragt er nach den Planungen zu einer Deputationsreise.

**Herr Crueger** ergänzt die möglichen Tagungsorte um das Klimahaus.

**Herr Pohlmann** berichtet, dass er erste Gespräche mit einzelnen Fraktionen zu einer Deputationsreise geführt habe. Wenn sich die Gespräche weiter konkretisieren, werde er einen einvernehmlichen Vorschlag vorlegen. Zu einem alternativen Tagungsort bittet er die Verwaltung in Absprache mit dem Deputationssprecher, einen Vorschlag zu machen.

**Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:**

<b>Scootermithnahme im ÖPNV</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Herrn Saxe</b>	<b>Geplant am 08.06.2017</b>
<b>Zusätzliche Haltestelle botanika/ Friedensbuddha</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Herrn Saxe</b>	<b>Geplant am 08.06.2017</b>
<b>Einsatz von Müllpressen bei den Nutzerinnen und Nutzer der kommunalen Gefäße</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Frau Dr. Schaefer</b>	<b>Geplant am 08.06.2017</b>
<b>Grundwasserkontamination durch LHKW im Bereich Hemelingen</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Herrn Buchholz</b>	<b>Geplant am 08.06.2017</b>
<b>Sachstand Verfahren Harms Am Wall</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Herrn Buchholz</b>	<b>Geplant am 08.06.2017</b>
<b>Auswirkungen der Schließung der Schlachthöfe auf ein Projekt mit Schulen im Rahmen BioStadt</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Herrn Saffe</b>	<b>Geplant am 08.06.2017</b>
<b>Planungsstand und Kosten des Radwanderweg entlang des BWK-Geländes</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Herrn Schwarz</b>	<b>Geplant am 17.08.2017</b>
<b>Zwischenbericht zum Antrag „Baugebiet in Brokhuchting endlich zulassen!“</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Herrn Imhoff</b>	<b>Geplant am 17.08.2017</b>
<b>Fuß- und Radwegbrücken über die Weser</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Frau Dr. Schaefer und Herrn Saxe</b>	<b>Geplant am 17.08.2017</b>
<b>Sanierung von bisher nicht erstmalig hergestellten Straßen</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Frau Neumeyer</b>	<b>Geplant am 17.08.2017</b>

**Herr Pohlmann** schließt die 18. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll